

Koalitionsoptionen,
Programme und
Strategien vor
der Bundestagswahl

Sozialpolitisches Profil zeigen

Georg Paul Hefty

Eine attraktive Frau und ein netter Mann ergeben noch lange kein Traumpaar. Dieser alltägliche Befund hat auch in der Politik Geltung. Kürzlich überraschte das Institut für Demoskopie Allensbach die Leser der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* mit zwei Zahlen: Zusammen 50,5 Prozent der Wähler wollten der CDU/CSU und der FDP ihre entscheidende Zweitstimme geben, aber nur achtundzwanzig Prozent derselben Befragten wünschten sich nach der Bundestagswahl eine Koalition aus CDU, CSU und FDP – ebenso viele Bürger träumten hingegen von einem Regierungsbündnis aus CDU, CSU und SPD. Dass es in der Bevölkerung an Begeisterung für Schwarz-Rot mangelt, dafür bringen Christliche Demokraten von der Parteivorsitzenden über den Generalsekretär bis zum Vorsitzenden der Bundestagsfraktion viel Verständnis auf. Doch aus der beschränkten Liebe zu dem Bündnis, das zurzeit noch „Große Koalition“ genannt wird, lassen sich auch Rückschlüsse darauf ziehen, wieso die Bürger auch eine schwarz-gelbe Kooperation nicht überschwänglich mögen.

CDU und CSU haben ungefähr sechsunddreißig Prozent der Wähler auf ihrer Seite, die SPD verbucht zurzeit etwa vierundzwanzig Prozent. Zusammen erhalten sie rund sechzig Prozent Zustimmung. Doch nicht einmal halb so viele Bürger wünschen sich, dass die führenden Parteien der beiden Lager sich auf Jahre verbünden anstatt sich mal mehr, mal weniger zu bekämpfen. Die Befürworter einer Fortsetzung von Schwarz-

Rot sind zwar mehr als die derzeitige Anhängerschaft der SPD, aber weniger als die Gefolgschaft der Union allein. Ein wesentlicher Teil der SPD-Wählerschaft will mit der Union nichts zu tun haben und zöge eine Partnerschaft mit den Grünen vor, wenn schon die absolute Mehrheit der Sozialdemokraten außer Reichweite liegt. Auch mag aus den Tagen Helmut Schmidts und Hans-Dietrich Genschers eine Schicht mit Sympathie für das Sozialliberale überdauert haben, die nun wieder Lebenszeichen von sich gibt. Nicht zuletzt muss – nicht erst seit Frau Ypsilanti Vorstoß – bei einem Teil der Anhängerschaft der SPD eine Vorliebe für rot-rote Bündnisse eingerechnet werden.

Es gibt viele Gründe, warum die SPD und ihre Wähler nicht auf eine Fortsetzung der Partnerschaft mit der Union erpicht sind. Der Fall Ypsilanti/Beck hat abermals gezeigt, dass die Führung einer Partei stets versucht ist, zur Erlangung von Regierungsmacht jegliche koalitionspolitischen Vorstellungen ohne Rücksicht auf Versprochenes durchzusetzen. Sie ist bereit, so gut wie jeden Preis zu zahlen, um eine Niederlage in einen Sieg zu verwandeln – und die Mehrheit der Parteibasis sowie der Mandatsträger ist rasch bereit, den Vorleuten dabei zu folgen. Denn für alle geht es um das Gewinnen und Ausüben von Macht und um die damit unlösbar verbundene Steigerung des Selbstwertgefühls.

Das Lehrstück Ypsilanti/Beck bietet allerdings noch drei andere Erkenntnisse.

Zunächst: Das demokratische Linke-Spektrum, also die in freien Volkswahlen legitimierte linken Parteien, bildet – wie in den Studentenparlamenten der Siebzigerjahre – über alle inhaltlichen, personellen und historischen Unterschiede hinweg grundsätzlich eine machtpolitische Arbeitsgemeinschaft.

Die Leichtigkeit, mit der die hessische SPD sich den historisch belasteten Wortführern der Linkspartei annäherte, die Zweckmäßigkeit, mit der die Linke in Wiesbaden die der Selbstachtung entspringende Forderung unterdrückte „Wir stehen in der Provinz so lange nicht der SPD zu Diensten, bis ihr unseren Bundesvorsitzenden nicht für koalitionsfähig erklärt“, und die Prinzipienlosigkeit der Grünen, mit wehenden Fahnen die Sozialdemokraten dabei zu unterstützen, ein zentrales Wahlversprechen auf den Müll zu werfen und eine breite Wählerschaft zu betrügen – dies alles zeigt, dass das Linke-Spektrum nicht nur in der Überzeugung, sondern auch in der zutreffenden Einschätzung handelte, dass auch große Teile ihrer nicht organisierten Wählerschaft diesen angeblichen Kampf zwischen links und rechts aus ideologischer Verblendung gutheißen werden. Die weitere Erkenntnis: Trotzdem werden nicht alle Träume des Linken-Spektrums von formellen und informellen Koalitionen wahr, und zwar aus zwei Gründen: wegen des Widerstandes der Öffentlichkeit und – wichtiger und moralisch hochwertiger noch – wegen des Anstands einzelner Linker. Die dritte, wenn auch nicht drittrangige Erkenntnis aus diesem Stück: Tritt die Linke nur skrupellos und einheitlich genug auf, dann unterwerfen sich Teile des bürgerlichen Spektrums allzu schnell den vermeintlich neuen Umständen. In der Öffentlichkeit wurde das Meisterstück Kurt Becks als Vorsitzender der SPD falsch bewertet und daher in den Folgen unterschätzt; die SPD selbst hatte kein Interesse daran, dem ungeliebten Provinzler für seinen Winkelzug

Kränze zu flechten. Aber als Beck bei einem informellen Abendessen in Hamburg die Möglichkeit guthieß, dass Verbände seiner Partei mithilfe der Linkspartei Regierungsämter eroberten, erklärte sich die FDP umgehend für allerlei Koalitionen für offen. Die Freien Demokraten waren in Panik geraten und damit erpressbar geworden, weil sie nicht eine weitere Variante hinnehmen wollten, welche sie von der Regierungsmacht fernhalten würde. Es war der FDP mit ihrem Daueranspruch auf Regierungsbeteiligung schon schwer gefallen, die Grünen an der Seite der SPD – an dem Platz, der eigentlich ihr ebenso zustand wie der Platz an der Seite der Union – zu sehen. Becks' abendliche Bemerkung hat die FDP gefügig gemacht und ihre allseitige Rechtfertigung belebt: Wir sind berufen, Schlimmeres zu verhindern. Das ist es, womit die Union zu rechnen hat – so nett Westerwelle sich auch immer gibt.

Gefährliche Frustration der FDP

Die Union muss also mit zwei Voraussetzungen leben. Die erste: Natürlich strebt die SPD ohne allzu große Hemmungen danach, selbst den Regierungschef zu stellen. Die zweite ist unangenehmer: Trotz der sechzehn Jahre langen Koalition mit dem CDU-Vorsitzenden Kohl und trotz der sieben gemeinsamen Jahre mit der Union in der Opposition ist die FDP wie nach dem Zwischenspiel der Großen Koalition nun wieder bereit, sich notfalls mit der SPD zu verbünden. Damit zieht sie die Folgerungen nicht nur aus den letzten vier frustrierenden Jahren, sondern auch aus der 2005 erwiesenen Unfähigkeit der Union, zugunsten einer Regierungsbildung unter Einschluss der FDP die Grünen ins Boot zu holen. Auch diesmal trauen die Freien Demokraten der CDU-Vorsitzenden Merkel und dem CSU-Vorsitzenden Seehofer ein solches Kunststück nicht zu – mit Recht. Sollten die Wähler nicht ausreichend für eine

schwarz-gelbe Koalition sorgen, so wird die FDP nicht tatenlos zusehen, wie sich die Union um die Neuauflage der Großen Koalition bemüht und dabei die angebliche Wunschpartnerin FDP schließlich doch allein im Regen stehen lässt. CDU und CSU können sich nicht in höherem Maße auf die Freien Demokraten verlassen, als sich diese auf die christlichen Politiker verlassen dürfen.

Dass mehr als vierzig Prozent der Bevölkerung sich laut Allensbach nicht entscheiden können, welche der beiden nach jetzigen Daten wahrscheinlichsten Koalitionsmöglichkeiten – Schwarz-Gelb oder Schwarz-Rot – ihnen lieb oder lieber wäre, ist nicht nur ein Dämpfer für die genannten Parteien, sondern ein Hinweis darauf, dass auch ganz andere – jetzt noch unwahrscheinliche – Varianten ihre Befürworter haben. Die allerwenigsten Wähler werden dabei in diesen Wochen mit der absoluten Mehrheit irgendeiner Partei kalkulieren.

Ampel und Jamaika

Also geht es um die beiden Koalitionsmöglichkeiten, an denen die Grünen beteiligt sind: die Ampel und Jamaika. Denkbar wäre noch SPD/Grüne/Linke, aber das ist diesmal wohl noch auszuschließen. Aus der Sicht der Union ergibt sich aufgrund verschiedenster Aussagen von Führungspersonen und Gremien folgende Rang- und Beliebtheitsliste der Koalitionsmöglichkeiten. Platz 1: Schwarz-Gelb, Platz 2: Schwarz-Rot, Platz 3: Schwarz-Gelb-Grün. Die Plätze 4 und 5 sind nicht nach Beliebtheit, sondern nach Besorgnis verteilt: Rot-Grün-Rot und als schlimmstes: Rot-Gelb-Grün.

Diese Reihung mag überraschen. Ein Bündnis von SPD und Grünen mit der FDP ist deswegen für die Union die schlechteste aller Variationen, weil damit die Freien Demokraten wohl auf geraume Zeit als Partner für die CDU/CSU im Bund ausfielen. Die Union stünde vor der

Aufgabe, bei der darauffolgenden Bundestagswahl um die absolute Mehrheit zu kämpfen und gleichzeitig nach dem Vorbild Kohls das langwierige Werben um die Spitzenleute der FDP einzuleiten.

Ein Regierungsbündnis der SPD mit Grünen und Linken wäre im Vergleich dazu ein Glücksfall für die Union, zwar nicht auf Anhieb, aber für die nächste gesamtdeutsche Wahl und alle Landtagswahlen bis dahin. Denn zum einen wäre eine solche Koalition in der Bevölkerung nicht hoch angesehen, und zum anderen wäre sie voller untergründiger Stolpersteine.

Warum die Jamaika-Lösung erst hinter der Großen Koalition rangiert, obwohl die Union es dort scheinbar nur mit zwei kleinen Parteien statt einer anmaßenden Rivalin um die Kanzlerschaft zu tun hat, ist leicht darzulegen: Der Preis für die Unterschrift der Grünen unter einen Koalitionsvertrag wäre so hoch, dass ihn die Union eigentlich nicht bezahlen kann. Nachdem CDU und CSU sich im Vertrag mit der SPD 2005 bereits auf ein Kernkraftwerksmoratorium eingelassen haben und damit dieses Pfund schon „aufgegessen“ ist, wäre es für die Grünen ein Leichtes, die Bedingung zu stellen, dass Merkel und Seehofer nun sich zum Atomausstieg verpflichten müssten. Mit dieser Forderung, deren „grüne“ Logik und politische Berechtigung als Prüfstein einer Kooperationsfähigkeit nicht nur Kernkraftgegnern und Linksgläubigen auch unter dem Vorzeichen des taktischen Missbrauchs einleuchten würde, würden die Grünen öffentlich punkten und die Union in eine innere Zerreißprobe treiben. Damit ist klar: Ein Jamaika-Bündnis ist schwerlich das geeignete Mittel, mit dem die Union eine Ampel-Koalition verhindern kann.

Drohte nach Schließung der Wahllokale tatsächlich eine rot-gelb-grüne Parlaments- und Regierungsgemeinschaft – also der GAU für die Union –, dann kön-

nen CDU und CSU nur mit dem Versuch dagegenhalten, bis an die Grenze der Selbstverleugnung um die SPD und deren Rückkehr in eine Große Koalition zu werben. Damit dies gelingt, müsste Frau Merkel sich – je nach dem in Mandaten gerechneten Abstand zwischen Union und SPD – vielleicht sogar bereit erklären, die Amtszeit als Bundeskanzlerin zugunsten eines sozialdemokratischen Amtsinhabers zu teilen. Denn sollte rechnerisch Schwarz-Gelb nicht möglich sein, dann ist die SPD gegenüber der Union im Vorteil: Sie hat die von wenigen taktischen Skrupeln gehemmten Grünen zum Verbündeten, während CDU/CSU allein dasteht, weil der bisherige potenzielle Bündnispartner als Helfer ausfällt. Dann ist nur noch die Frage, ob Sozialdemokraten und Grüne so lange zusammenhalten, bis die FDP über den Rubikon springt, oder ob die Union alles daransetzt, die SPD in eine Große Koalition zu ziehen und so die FDP von Rot-Grün fern- und zur eigenen Verfügung zu halten.

Motivierungsschriften für die Partei

Zwar werden all diese Spielzüge erst am Wahltag aktuell, nicht erst nach Schließung der Wahllokale, sondern schon am Nachmittag, wenn die ersten Wahlnachfrageergebnisse durchsickern, aber durchdacht und vorbereitet müssen sie schon vor der heißen Phase des Wahlkampfes werden. Denn Parlaments- und Regierungspartnerschaften sind nicht nur eine Frage der Zahlen, sondern vor allem der inhaltlichen Festlegungen und Öffnungen. Das Wahlprogramm muss Angebote an unterschiedliche Parteien enthalten, und die Wähler dürfen nicht den Eindruck gewinnen, das schließlich vereinbarte Bündnis sei so absurd, dass es seine einzige Rechtfertigung in der Machtgier habe. Zugleich aber muss eine selbstbewusste Partei dafür sorgen, dass ihr nicht vorgeworfen werden kann, eine handlungsmächtige Konstellation vergeißt zu haben.

Dies kann keine Partei mit dem Ziselieren von vierzig oder fünfzig inhaltlich hochverdichteten Seiten erreichen, obwohl jede dies immer wieder versucht. Doch sie tun dies nicht aus publizistischen Gründen. Die angeblichen Wahlprogramme sind Motivierungsschriften für jede innerparteiliche Kleinstgruppe: Wenn du dich für unseren gemeinsamen Wahlsieg abrackerst, werden wir auch dein Anliegen verwirklichen. Dass es nachher wegen der notwendigen Koalitionsabsprachen nicht zur Verwirklichung jeder Einzelheit kommt, enttäuscht freilich auch dann, wenn die Hoffnung der Parteibasis nicht einmal am Ende der Legislaturperiode stirbt, sondern von Wahlprogramm zu Wahlprogramm perpetuiert wird. Das hässlich kommentierte Wort des SPD-Vorsitzenden Müntefering, es sei nicht fair, das Regierungshandeln an den Wahlversprechen der einzelnen Koalitionsparteien statt an den Kompromissformeln des Koalitionsvertrages zu messen, war mindestens so sehr an die innerparteilich Eifrigen wie an die nicht organisierten Wähler seiner Partei gerichtet.

Im Werben um die Wahlberechtigten, von denen immer weniger ein Parteibuch haben, kommt es vielmehr auf das mit wenigen Strichen skizzierte Menschen- und Gesellschaftsbild an, das jede Partei für sich entwirft und in die Öffentlichkeit hinausträgt. Der „mündige Bürger“ – tatsächlich nicht viel mehr als eine Chiffre – reichte, um von der Wahl des CDU-Dissidenten Gustav Heinemann zum SPD-Bundespräsidenten ausgehend eine ganze „sozialliberale“ Ära zu begründen. Der jetzt von CDU und CSU angestrebten schwarz-gelben Ära fehlt beides: eine eingängige Chiffre und ein signalartiges Adjektiv für ihre Gemeinsamkeit. Es wäre vernünftiger gewesen, wenn die CDU-Vorsitzende ihre Losung „Mehr Freiheit wagen“ nicht für die schwarz-rote Verlegenheitsgemeinschaft verbraucht, sondern für die – wenn man den heutigen

Bekundungen glauben will – bevorstehende schwarz-gelbe Überzeugungsverwandtschaft aufbewahrt hätte. Joseph Fischerseinfache Wortwahl vom „rot-grünen Projekt“, die an materieller Unbestimmtheit nicht zu überbieten ist, konnte allein aufgrund der visuellen Bestimmtheit der Farben mitreißende Wirkung entfalten. Dieser Weg ist aus kulturellen Gründen denen versperrt, die sich Schwarz als Identifikationsfarbe aufbürden ließen. Denn vom angeblich klerikalen Schwarz der christlichen Parteien ist es ein allzu weiter Sprung zur Assoziation mit dem feierlich-vornehmen Schwarz gesellschaftlicher Höhepunkte oder dem sportlich-dynamischen Schwarz der Autofahrer oder dem anarchisch-originellen Schwarz der Architekten und Sängerinnen. Ebenso wenig dürfte der Versuch gelingen, das sprachliche Vorbild „sozialliberal“ nachzuahmen. „Christlich-liberal“ ist kein politischer Werbeslogan. Den Liberalen kommt er wie ein Widerspruch in sich vor, den Christen wie eine Verwässerung ihrer Überzeugung. Und den Neutralen fällt auf, dass „christlich“ im Deutschland der Jahre 2009 bis 2013 doch weniger Leute berührt als „sozial“, ja geradezu als ausgrenzend empfunden werden kann, während „sozial“ für das Umfassende und Vereinnahmende schlechthin steht. Die Unionsparteien stehen noch vor der Aufgabe der Begriffsprägung jenseits der überheblichen, göttergleichen Parole „nahe am Menschen“. Ob die Wortspiele mit der Mitte ausreichen, darf bezweifelt werden. Denn die heiß geliebte Vermutung bürgerlicher Kreise, der SPD-Kanzlerkandidat Schröder habe seine Wahl mit der Losung „Die neue Mitte“ gewonnen, ist wohl eher ein Irrglaube. Für den damaligen Erfolg gaben stattdessen die acht Punkte des SPD-Vorsitzenden Lafontaine den Ausschlag, mit der die Sozialreformen der Regierung Kohl zurückgenommen wurden. Dies lässt sich mit der späteren

Entwicklung belegen: Mit der Regierung Schröder ging es aufwärts, solange sie sich im wahrsten Sinne des Wortes reaktionär verhielt, und abwärts, sobald sie sich als Reformere ereiferte.

Die Erklärung ist auch für die politischen Wettbewerber von Belang: Die Bürger belohnen eine Regierung, die ihnen das, was sie – tatsächlich, angeblich oder vermeintlich – haben, erhält, und misstrauen einer Regierung, die sie auf neue Pfade führt, ohne ihnen das Ziel beschreiben zu können.

Bemühungen statt Gewissheiten

In der gesamten Reformdiskussion der vergangenen zwei Jahrzehnte seit der Wiederherstellung der deutschen Einheit durch eine schwarz-gelbe Regierung (ihre Neuauflage könnte sich mit Recht „Die Koalition der Einheit“ nennen) hat es kein politischer Verantwortlicher geschafft, den Leuten auch nur zu schildern, geschweige denn verbindlich und nachprüfbar zu sagen, wie es ihnen nach vollbrachter Reform gehen und wann der Punkt der Konsolidierung und Verschnaufpause, gar der Bilanzierung, erreicht sein werde. Es ist ein Armutszeugnis der gesamten Reformplanung (oder ging man insgesamt planlos vor?), dass zu ihrem Kennzeichen der Ruf des Bundespräsidenten Herzog geworden ist, es müsse ein „Ruck“ durch Deutschland gehen. Mehr an Zielbestimmung wurde auch so lange nicht formuliert, bis die heraufziehende neue Weltwirtschaftskrise alle Sicherheiten und damit auch die Wirkungsprognosen der Reformen infrage stellte. Jetzt, vielleicht mitten in der Krise, ist es eitel, der Bevölkerung Gewissheiten vorzugaukeln. Es ist glaubwürdiger, ein vertrauensvolles Mühen vorzuleben.

Die Union ist in der vorteilhaften Lage, dass ihr dank der Kanzlerin und ihrem Wirtschaftsminister ein angemessenes Vorgehen in der Industrie- und Handelskrise zugerechnet wird. Zugleich hat

sie aber schwer daran zu tragen, dass ihr angekreidet wird, vor dem Offenkundigwerden der Bankenkrise viele der modischen Losungen mitskandiert zu haben, die in den letzten Jahren den Weg in die Hybris bereitet haben. Was sich seit den Beschlüssen des Leipziger Parteitags und den Überheblichkeiten der Koalitionsab-sprachen von 2005 zulasten der CDU aufgestaut hat, ist an den aufgeteilten Ergebnissen der Europawahl abzulesen gewesen: Die CDU hat auf eigenem Feld im Bundesdurchschnitt dreißig Prozent erreicht, die CSU in ihrem Gebiet acht- undvierzig Prozent.

Daraus folgt aus historischen wie aktuellen Gründen nicht, dass die CDU die Pflicht hätte, die CSU nachzuahmen. Dazu sind Bayern und der Rest der Bundesrepublik zu verschieden. Doch ganz zu vernachlässigen wäre das Vorbild der CSU nur, wenn irgendeine andere Volkspartei auf einen ähnlich hohen Stimmenanteil käme. Solange dies weder bei der CDU noch bei der SPD oder gar der FDP der Fall ist, sollte man in den Vorsitzenden- und Generalsekretärsstäben des Konrad-Adenauer-Hauses und der großen CDU-Landesverbände doch die Frage stellen, ob es nicht mindestens für die bayerische SPD von Vorteil sein könnte, sich das eine oder andere bei der CSU abzuschauen. Die bayerische FDP ist jedenfalls gut damit gefahren, dass sie ihre jahrzehntelange Überheblichkeit abgelegt und sich mit der ruhiger gewordenen Landesvorsitzenden und dem zum Spitzenkandidaten erhobenen geradezu biederen Generalsekretär unters Volk gemischt hat.

Die CDU unterscheidet sich freilich in einem Punkt wesentlich von der CSU, der ihr Nutzen bringen könnte, aber stets schadet, wenn sie von der Eifersucht geblendet wird. Die CSU ist ein Landesverband, die CDU hat sechzehn Landesverbände. Die CSU hat einen Vorsitzenden und ein Generalsekretariat; ihre Herzöge sind lediglich Bezirksvorsitzende. Die

CDU hat eine Vorsitzende, einen Generalsekretär und ein Dutzend in ganz Deutschland bekannter Ministerpräsidenten. Vier von ihnen haben Gewicht über die eigenen Landesgrenzen hinaus – aber die CDU weiß sie nicht strategisch einzusetzen. Nicht der Vorzug, mit Koch die Finanzwirtschaft, mit Oettinger die Industrie, mit Wulff den Mittelstand und mit Rüttgers die Arbeitnehmerschaft betreuen zu können, steht im Vordergrund, sondern die einer Selbstverstümmelung gleichende Frage, wer mit welchem Detailerfolg dem anderen die Schau stehlen kann und stiehlt und sich wieder einmal einen halben Millimeter näher an die Merkel-Nachfolge bringt, falls diese akut werden sollte, wofür es in den nächsten Jahrzehnten keine naturbedingte Wahrscheinlichkeit gibt. Irgendwie erinnert das an das Wettrennen, das sich in der CSU seit 2002 die Stoiber-Erbänwärter Beckstein und Huber geliefert haben. Es fehlt nur noch der Satz, unter dem anderen nicht Minister werden zu wollen. Ist es ein Zufall, dass die CDU Erfolg hatte, als sich die Ministerpräsidenten von Hassel und Stoltenberg nicht zuschade waren, das Kabinett eines ihrer Rivalen zu stärken?

Sozialpolitisches Gesicht

Dies ist nicht eine lediglich zwischenmenschliche und personalpolitische Frage, sondern eine höchst programmatische. Wer wird, falls es zu einer Koalition mit der FDP kommen sollte, den Platz besetzen, den einst Blüm innehatte und den die Union seither zwar nicht besetzen musste (durfte), der aber gewiss nicht einem FDP-Mitglied überlassen werden kann? Nur Söder würde darauf auf Anhieb Seehofer einfallen, ansonsten ist klar, dass die CDU selbst wieder ein sozialpolitisches Gesicht braucht, dem nicht von den Gewerkschaften, der SPD oder auch von Parteifreunden nachgesagt wird, es sei in Wahrheit die Maske eines Machtpolitikers.

Das ist auch eine strategische Überlegung. An ihrem Anfang muss entschieden werden, ob die Union auf unabsehbare Zeit grundsätzlich das Ziel aufgegeben hat, nach der absoluten Mehrheit zu streben. Wenn nicht, dann muss sie wieder die Breite einer Volkspartei zurückgewinnen – und das geht nur mit einem sozialpolitischen Auftritt, der genauso stark ist wie der wirtschaftspolitische. Sollte sich die CDU hingegen mit den Gegebenheiten zu Beginn des einundzwanzigsten Jahrhunderts abfinden und sich damit zufriedengeben, stets der größere Koalitionspartner zu werden, dann liegt die Pointe auf der Hand. Bevorzugt sie eine bürgerliche Koalition, dann braucht sie gleichfalls einen starken Sozialflügel, der ihr im sozialdemokratischen Wählerfeld den Gewinn jener Prozente ermöglicht, den sie über der 30- bis 35-Punkte-Marke benötigt, um sicher mit der FDP regieren zu können. Stattdessen um Stimmen aus der Wirtschaftsklientel der Freien Demokraten zu werben wäre ein Nullsummenkraftakt. Nur wenn die Union trotz aller anderen Bekundungen insgeheim auf die Fortsetzung des Regierungsbündnisses mit der SPD setzt, aus der allerlei weitere Gefährdungen erwachsen können, ist ein Verzicht auf ein geschärftes sozialpolitisches Profil sinnvoll und die weitere Schärfung des wirtschaftspolitischen Profils ratsam.

Die Parteiführung müsste ohnehin den Anschein widerlegen, dass sie die Gespräche mit der Wirtschaftselite ernsternimmt als jene mit der Durchschnittsbevölkerung. Maßgabe in der Demokratie kann nicht sein: „Das hat mir nicht irgendeiner, sondern ein Vorstandsvorsitzender gesagt“; Maßgabe der Demo-

kratie bleibt die Stimme des Volkes – denn das fällt am Wahltag mehr ins Gewicht. Seit Westerwelle auf die DAX-Vorstände schimpft, weiß man, dass auch seine Partei nicht mehr an die Fortdauer der Gültigkeit des Dreiklassenwahlrechts glaubt.

Selbst auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes ist es für die Union schwer, sich auf die Errungenschaften der Großen Koalition zu berufen, um damit die Notwendigkeit einer Regierungsgemeinschaft mit der FDP zu begründen. Andererseits kann sie auch nicht aus den Leistungsmängeln der Arbeitsgemeinschaft mit den Sozialdemokraten den Zwang zu einer politischen Liebesheirat mit den Freien Demokraten herleiten (Westerwelle nannte die Politik der Großen Koalition sogar schädlich für Deutschland, was kein Kompliment an die Kanzlerin ist und sogar eine Drohung enthalten könnte). Denn die Union will nicht nur mit derselben Kanzlerin weiterregieren, die bisher als Inhaberin der Richtlinienkompetenz an diesen Mängeln in den Augen der Bürger nicht schuldlos sein kann, weil sie dem Anschein nach entweder faule Kompromisse mitgetragen hat oder sich nicht durchzusetzen vermochte. Die Union will sich auch vorbehalten, im zweitbesten Fall mit der SPD weiterzuregieren – und da macht es sich nicht gut, den bisherigen Partner niederzumachen. Wer vor der Scheidung für den Fall, dass die erträumte Freundin oder der erträumte Freund an einer Heirat gehindert ist, auf die Erneuerung der bisherigen Ehe spekuliert, tut gut daran, die noch Angetraute zu schonen statt sie bloßzustellen, allein um die Scheidung zu rechtfertigen.